WITIKOBRIEF

RECHTSWAHREND-STAATSTRAGEND-UNABHÄNGIG

Februar 2021

Reichsgründung

18. Januar 1871 im Spiegelsaal zu Versailles

Inhalt:

01. Die Reichsgründung vor 150 Jahren S. 03
02. Der Groll saß tief S. 05
03. Das Wort des Vorsitzenden S. 06
04. Benesch-Dekrete in Brüssel auf dem Prüfstand S. 06
05. Sudetendeutsches Brevier S. 07
06. Artikel 19 – „das unbekannte Wesen“ S. 08
07. Störfeuer gegen d. hessische Landesbeauftragte S. 09
08. Wie Benesch und Masaryk mit Geld umgingen S.10
09. Die Unterwanderung der Gestapo in Prag S. 11
10. Tschechische Sonderwünsche S. 12.
11. 230 Jahre Prager Universitätsklinikum S. 13
12. Tschech. Holocaustforscherin wurde bestraft S. 13
13. Die Welt verstehen S. 15
14. Beethovens Missa Solemnis in Warnsdorf S.17
15. Schlüsseldokumente zur dt. Zeitgeschichte S. 18
16. Dt.-tschech. Zukunftsfonds hilft NS-Opfern S. 19
17. Freunde Ungarns rufen … S. 20
18. Alfred Zips spricht in Friedland S. 21
… und weitere Beiträge passim

Impressum
DER WITIKOBRIEF.
(Mitteilungsblatt des Witikobundes, der sudetendeutschen Gemeinschaft nationaler Gesinnung, Blatt der freien Presse Deutschlands)
Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 18 Euro; für Mitglieder frei.
Herausgeber: Witikobund e.V., V.i.S.P.: Felix Vogt-Gruber, 1. Vors., Prof. Bamann-Str. 19, D-89423 Gundelfingen, Tel: 01707029867
Schriftleitung und Layout: Friedebert Volk, Joh.Seb.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts.; Tel.: 06081-2611;
Gendersprache: Wird nach Möglichkeit beachtet, grundsätzlich gilt aber die männliche Form als Gattungsname.
Netzpost: witikobund-bundesverband@freenet.de; Heimseite: www.witikobund.de
Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2
Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten!
Bankverbindungen: HypoVereinsbank München: IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX);
Postbank München: IBAN DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF;
Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41,
91550 Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)
Der Witikobrief erscheint ununterbrochen seit 1958, jetzt im 63. Jahr!

Tomáš Staněk zur Vertreibung:

„Die Aussiedlung der Deutschen und die Beschlagnahme ihres Eigentums besaßen einen evident repressiven Charakter (...). Als Konsequenz der Ausnahmesituation akzeptierten die siegreichen Großmächte den erzwungenen Transfer sowie die *Konfiskation des Vermögens der sogenannten staatlich unzuverlässigen Bevölkerung* bei gleichzeitiger Anerkennung der Ansprüche der Tschechoslowakei auf Entschädigungsleistungen für Kriegsverluste; hierbei gingen die Siegermächte von den bereits geschaffenen *faits accomplis* aus. Nach Ansicht des bekannten Forschers für Minderheiten- und Menschenrechte, F. Ermacora, stellten die Nachkriegskonfiskationen (…) einen Bestandteil der Massenaussiedlung dar. Seiner Meinung nach müssten sie als Genozidakte betrachtet werden.“ (Staněk, Tomáš, Verfolgung 1945, S. 213)

Fundstücke:

1.Die Firma Schwermaschinenbau Witkowitz (Vítkovice Heavy Machinery, VHM) war insolvent und wurde für 46 Millionen Euro von der tschechischen Firma Skatlo ersteigert (Radio Prag, 29.1.21).
2. Die CR ist ein Corona-Hochinzidenzland. Auch einige angrenzende Landkreise Deutschlands leiden besonders stark unter Corona. Virologen „wissen“, dass es dabei Zusammenhänge mit Berufspendlern aus der CR gibt (Sud.Z., 29.1.21, S. 16).
3. Paradox: In der CSR verweigerte man den Sudetendeutschen jedwede Kollektivrechte. Nach 1945 aber ging man von ihrer Kollektivschuld aus und verhängte Kollektivstrafen.

Die Reichsgründung vor 150 Jahren

Um die Einheit Deutschlands wurde lange gerungen. Die Zersplitterung in Kleinstaaten war ein Anachronismus. Industrie und Verkehrswesen drängten zu größeren Einheiten. Der Deutsche Bund (gegr. 1816, 41 Kleinstaaten), der *„Deutsche Zollverein“* (gegr. 1833) und der *„Norddeutsche Bund“* (gegr.1867, 22 Mitglieder) waren Notlösungen. Die „Paulskirche“ war gescheitert, weil sie zu viel auf einmal wollte: Großdeutsche Einheit und bürgerlichen Verfassungsstaat. Dieses Doppelziel gab Bismarck auf und machte sogar noch bei der Einheit Abstriche. Er begnügte sich mit der kleindeutschen Lösung. Dieser Weg war schwer genug und gelang nur durch geniales Spiel *„mit fünf Bällen“,* sprich fünf europäischen Staaten, dessen letzter Akt der Krieg gegen Frankreich war.

Zäher Verlauf des Krieges

Kaiser Napoleon III. hatte schon am 2. September 1870 bei Sedan kapituliert. Doch Frankreich war noch nicht friedensbereit und führte den Krieg als Republik weiter. Deren Anführer mobilisierten ein starkes Volksheer und verhinderten die Eroberung von Paris, obwohl es seit dem 19. September eingeschlossen war. Generalstabschef Helmuth von Moltke dachte zwischendurch sogar an die Aufhebung der Belagerung. Erst der Friedensvertrag vom 10. Mai 1871 erlaubte dem deutschen Heer die symbolische Besetzung einiger Bastionen, und auch das nur für drei Tage. Die Kaiserproklamation und die Reichsgründung am 18. Januar 1871 konnten daher nur in dem einige Meilen vor Paris gelegenen Schloss Versailles stattfinden. Der 18.Januar wurde gewählt, weil das seit 1701 der preußische Krönungstag war.

Wappen zur Reichsgründung

Die militärische Lage brachte es mit sich, dass die Reichsgründung sozusagen unter Kanonendonner stattfand. Dementsprechend sieht man auf den Gemälden von der Gründungszeremonie auch keinen einzigen Zivilisten. Damit wird aber auch signalisiert: Staatsgeschäfte sind die Domänen von Militär und Adel, und große Ziele können nur mit konservativer „Realpolitik“ durchgesetzt werden oder, drastischer gesagt, *„mit Blut und Eisen“.* Endlose Debatten eines Professorenparlaments (Paulskirche!) kann man sich sparen. Die Idee vom Gottesgnadentum sah sich selbstredend gefestigt. Wilhelm I. hätte sich auch geweigert, die Kaiserwürde aus den Händen eines Parlamentes anzunehmen. Dank der Bereitschaft König Ludwigs II. von Bayern, Wilhelm I. die Kaiserwürde anzutragen, stellte sich dieses Problem, anders als 1848, jetzt nicht.

Nicht gegen das Volk

Auch wenn die Reichsgründung „von oben“ kam, wurde sie von den Volksmassen lebhaft begrüßt. Dafür sprechen auch die 28 bald darauf in Deutschland errichteten Kaiser-Wilhelm I.-Türme. Sicher hätten sich manche ein Mehr an bürgerlichen Freiheiten gewünscht, aber die Lektion von 1848 „saß“. In der neuen Struktur kam zum Ausdruck, dass man eine bedeutende Sprach- und Kulturgemeinschaft ist, und das überwog. Man sah neue wirtschaftliche Möglichkeiten und hoffte auf die Bündelung der Kräfte gegen Übergriffe der Nachbarstaaten. Schließlich hatten die Invasionen Napoleons I. und die sog. Raubkriege Ludwigs XIV. ganz tiefe Wunden geschlagen.

Offene Fragen

Die allgemeine Begeisterung überdeckte einige offene Fragen. Wie hing die neue Kaiserwürde mit dem „Heiligen römischen Reich deutscher Nation“ zusammen? Beendete sie ein Interregnum von 65 Jahren? Was bedeutete es, dass auch in Wien ein Kaiser residierte, der sogar im Besitz der Reichsinsignien war? Diese Fragen erklären, dass Wilhelm I. in Versailles schlicht als „Kaiser Wilhelm I.“ ausgerufen wurde und als „Deutscher Kaiser“ galt, obwohl er den Titel „Kaiser von Deutschland“ bevorzugt hätte. So fremdelte er etwas mit der Kaiserwürde und fühlte sich zeitlebens eher als König von Preußen. Die Reichsgeschäfte überließ er gerne seinem Kanzler Bismarck.

Reichsgründung und Westfälischer Friede

In der französischen Kammer berührte Adolph Thiers das Hauptproblem, als er sagte: *„Der oberste Grundsatz der europäischen Politik seit dem Westfälischen Frieden ist, dass sich Deutschland aus unabhängigen Staaten zusammensetzt“*. Auch Bismarck war sich der Umwälzung bewusst und befleißigte sich einer maßvollen Politik, um die Machtbalance Europas nicht zu stören. Diese Mäßigung zeigte sich auch bei der Rückgliederung Lothringens und des Elsass. Sie erfolgte nicht nach den für Deutschland günstigeren historischen, sondern (fast) nur nach strategischen Gesichtspunkten. Auch enthielt der Friedensvertrag keinerlei Einschränkungen der französischen Hoheitsrechte.

Innenpolitisch unterliefen Bismarck mit dem Kulturkampf und dem Sozialistengesetz allerdings einige Fehlgriffe. Vorbildlich war aber die Sozialgesetzgebung für die Arbeiterschaft; unzeitgemäß daran war nur, dass sie immer noch in Unmündigkeit gehalten wurde und nicht selbst entscheiden durfte, was ihrer Wohlfahrt diente. Das zeigt auch, wie tief die Gräben zwischen den Klassen noch waren. Leider begrenzte das auch die Auswahl an Talenten, so dass möglicherweise Leute in wichtige Ämter gelangten, denen sie nicht gewachsen waren.

Trotz dieser Schwächen erlebte Deutschland bis 1914 einen sagenhaften Aufschwung. Er erfasste Wirtschaft, Industrie, Technik, Wissenschaft usw. Deutsch war in der Welt die Wissenschaftssprache schlechthin. Aus dem Agrarstaat wurde eine führende Industrienation. Das Volkseinkommen stieg um das Dreifache auf 50 Mrd. Goldmark. Ein fortschrittliches Rechtssystem (1900: BGB!) garantierte dem Einzelnen weitgehend ein Leben in Würde und bewahrte ihn vor der Rolle des bloßen Befehlsempfängers. Deutschland stieg bis 1914 zum modernsten Land der Welt auf, und es ist falsch, das Kaiserreich auf Pickelhaube und Marschmusik zu reduzieren.

Einige Errungenschaften:
1871: Einführung des metrischen Systems
1871: Einführung der Mark als Währung
1872: Neues Strafgesetzbuch
1874: Impfpflicht Pocken und deren Ausrottung
1893: Einheitliche Uhrzeit nach 15. Längengrad
1900: Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Damals wurden die Fundamente geschaffen, auf denen auch wir noch stehen und die im Großen und Ganzen sogar zwei Weltkriege überdauerten. Dem schließt sich auch das Bundesverfassungsgericht an, das 1973 die Identität Deutschlands mit dem „Deutschen Reich“ von 1871 als Völkerrechtssubjekt bestätigte. Bismarck wollte, dass das Reich *„das Bleigewicht am Stehaufmännchen Europa“* sei. Sein Wunsch könnte sich vielleicht gerade jetzt in der EU erfüllen, denn ohne die deutsche Kreditwürdigkeit wäre diese keinen einzigen Tag überlebensfähig! *(F.V.)*

Der Groll saß tief

Wie sehr sich viele Franzosen durch die 1870er-Niederlage gedemütigt fühlten, sieht man an der Terminierung der „Friedenskonferenz“ von Versailles. Sie begann am 18. Januar 1919, auf den Tag genau 48 Jahre nach der deutschen Kaiserproklamation. Da diese im Spiegelsaal von Schloss Versailles stattgefunden hatte, mussten 1919 dort auch die Friedensbedingungen unterzeichnet werden. Dieses Spiel mit Symbolen wurde 1940 mit dem Eisenbahnwagen von Compiegne fortgesetzt, hätte aber schon 1870/71 beendet werden können, weil man damals eigentlich annähernd „quitt“ war: Die französische Seite war über Jahrhunderte damit beschäftigt, Deutschland klein zu halten. Dieses hat sich in der Völkerschlacht bei Leipzig und jetzt, 1870/71, erfolgreich zur Wehr gesetzt, und damit hätte Schluss sein können.

Frankreich war aber noch nicht so weit. Man hielt die „Pflege“ der Kleinstaaterei in Deutschland für sein gutes Recht und kam sich vermutlich noch pfiffig vor, immer dann sengend und brennend gegen den Rhein vorzurücken, wenn sich Deutschland im Osten der Türken erwehren muste. Das Elend dieser Zeit kennt jeder, der einmal mit „rechtsrheinischen“ Kirchenbüchern zu tun hatte, denn dort begegnet einem fortwährend das traurige Schicksal der „Flüchtlinge aus der Pfalz“. Mit Goethes „Hermann und Dorothea“ schlug sich diese Not sogar in der Literatur nieder.

Viel zu wenig wird gerade auch die oben angedeutete Prellbock-Funktion „Germaniens“ gewürdigt. Deutsche Heere stemmten sich im Osten immer wieder gegen Hunnen und Türken, was Westeuropäern erlaubte, sich ausgiebig der Entdeckung der Welt und dem Aufbau riesiger Kolonialreiche zu widmen.

Adenauer und de Gaulle unterzeichneten den Deutsch-Französischen Vertrag von 1963 nicht mehr im Spiegelsaal von Versailles, sondern im Elyseepalast. Das war ein kleiner Fortschritt. Zu befürchten ist jedoch, dass die Aussöhnung mit Frankreich vornehmlich auf schlechten Geschichtskenntnissen oder gar schlechtem Gedächtnis beruht. Besser wäre, man käme zueinander in voller Kenntnis und fairer Würdigung der gemeinsamen schmerzlichen Vergangenheit. Aber offenbar beginnt die Verwahrlosung schon „ganz oben“! Denn nichts anderes verraten die Motive unserer aktuellen Sonderbriefmarken! Statt, wie 1971 geschehen, eine Briefmarke zum Reichsgründungstag herauszugeben, reichte es 2021 nur zu einer solchen für „50 Jahre Sendung mit der Maus“!

1971

2021

Für die Sudetendeutschen hatte die „Erbfeindschaft“ mit Frankreich aber die traurige Folge, dass Franzosen und Tschechen eine enge Allianz eingingen, zwischen der sie, die Sudetendeutschen, unnachsichtig zermalmt wurden.

Der Sudetendeutsche Tag 2021 …
soll in Hof (Ofr./45.000 EW.) stattfinden. Diese Entscheidung ist umstritten, wäre letztlich aber annehmbar, wenn die von dort ausgehenden Botschaften die Interessen der Vertriebenen glaubhaft verkündeten.

Das Wort des Vorsitzenden

Liebe Kameradinnen und Kameraden!
Das Virus hat uns fest im Griff, doch das ist für uns nichts Neues, kämpfen wir doch schon einige Jahre gegen ein Virus, das in der Münchener Hochstraße Einzug gehalten hat!

Felix Vogt Gruber

Heute möchte ich allen Demokratisch-Konservativen noch einmal die Gründe nennen, warum wir Witikonen diesen Namen tragen und mit welchen Grundsätzen wir ihn vertreten.
In Stuttgart wurde am 1. Oktober 1950 über den Namensvorschlag von Walter Becher „Witikobund, sudetendeutscher Arbeitskreis“ abgestimmt. Zur Begründung hieß es:
„Ehrliches inneres Reifen und Wachsen lassen, Erkenntnis der richtigen historischen Gegebenheiten und Zusammenhänge, mutiges Ergreifen der politischen Chancen“ – das scheint uns, in die moderne Sprache übertragen, das Kennzeichen der Persönlichkeit zu sein, die uns Stifter im „Witiko“ vor Augen führt. Deshalb und wegen der richtigen europäischen Gesamtschau, aus welcher der historische Roman geboren wurde, haben wir uns die Gestalt Witikos zum Vorbild genommen. Gerade in dieser Zeit tun wir es im Bewusstsein, im Dienste unserer Volksgruppe „das Rechte“ zu tun“.
Liebe Landsleute, lasst uns diesen Auftrag weiter tragen, auch im Sinne von Walter Brand, Fitz Brehm, Walter Zawadil, Albert Smagon, Heinz Lange und vielen mehr! Auch ein Reinfried Vogler trug einst dieses Banner als Bundesvorsitzender der Witikonen!
Tun wir es jetzt mehr denn je! Um es mit den Worten von Prof. Dr. Alfred-Maurice de Zayas zu sagen: Der Witikobund ist die einzige deutsche Vertriebenen-Verbindung, die sich noch für das Recht und die Wahrheit einsetzt. Das, lieber Herr Posselt, ist ein Ritterschlag!

Felix Vogt

In Brüssel stehen die Benesch-Dekrete wieder auf dem Prüfstand !

Vor acht Jahren bereits beschäftigte sich der EU-Petitionsausschuss in Brüssel mit der Beschwerde zweier Ungarn gegen die Diskriminierung durch die Benesch-Dekrete. Zwei Witikonen nahmen damals an der Anhörung teil und erstatteten Bericht (WBr. 2012/4). Nach dieser Anhörung verlor sich die Petition im Labyrinth der Brüsseler Unterausschüsse.

Reichten die Petition 2012 ein: Dr. Juhasz & Frau Hahn-Seidl

Jetzt jedoch tauchte sie erstaunlicherweise wieder auf und erlebte eine weitere Anhörung. Zu Wort kamen Loránt Vincze (Ungarnbund in Rumänien) sowie der EU-Abgeordnete Ádám Kósa. (Fidesz). Sie fordern mehr Druck auf die Slowakei, damit die Diskriminierung der Ungarn im slowakischen Oberland ein Ende nähme. Herr Dr. Juhász, einer der Petenten, erinnerte an das Verbot jedweder Form der Diskriminierung in der EU. Kósa verwies auf den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg, der für die Slowakei bis heute Enteignungen aufgrund der Benes-Dekrete bestätigte. Die Vertreter des Petitionsausschusses forderten die EU-Kommission auf, zu den Rechtsverletzungen der Benes-Dekrete entschieden Stellung zu nehmen. Zudem soll das EU-Parlament einen Untersuchungsausschuss in die Slowakei entsenden.
Die Ungarn haben damit schon mehr erreicht, als vor fast 100 Jahren die Sudetendeutschen mit ihren 24 Petitionen beim Völkerbund. Leider scheinen sich deutsche EU-Abgeordnete (wie 2012!!!) nicht an die Seite der Ungarn gestellt haben *(Budap. Ztg. 27.1.2021)*

Sudetendeutsches Brevier

Böhmen war zunächst keltischer und germanischer Siedlungsraum. Um 550 n.Chr. tauchten die Tschechen auf. Woher sie kamen, liegt im Dunkel der Geschichte. Folgt man der Archäologie, waren die ersten Herren auf dem Hradschin aber Wikinger, denn in der untersten Grabungsschicht dieser Burg stieß man auf rd. 100 Wikingergräber und im dritten Burghof auf ein wikingisches Fürstengrab (Storch, S.23). Letzteres barg wohl den um 890 verstorbenen „Premisliden“ Boriwoi (wikingisch Borwieg).

Für die spätere Entwicklung ist wichtig, dass der böhmische Adel 1526 mit Ferdinand I. (1503-1564, jüngerer Bruder Kaiser Karls V.) einen Habsburger zum König Böhmens wählte. Seine Nachfolger ersetzten aber das Wahlkönigtum durch die Erbmonarchie und nahmen es auch mit der im Majestätsbrief von 1609 garantierten Religionsfreiheit nicht so genau. Dagegen wehrten sich die böhmischen Stände mit dem „Fenstersturz“ (1618) und mit der Absetzung Kaiser Ferdinands II. als König Böhmens (1619).

Das zog 1620 die Schlacht am „Weißen Berg“ nach sich. Das Heer der böhmischen Herren war aber wegen ausstehender Soldzahlungen nicht sehr einsatzfreudig und unterlag den kaiserlich-katholischen Truppen. Mit der „Verneuerten Landesordnung“ von 1627 erklärte Kaiser Ferdinand II. Deutsch zur gleichberechtigten zweiten Amtssprache. Ihm ging es aber weniger um nationale Ziele, sondern hauptsächlich um die Rekatholisierung des Landes, das sich überwiegend dem Utraquismus und dem Protestantismus zugewandt hatte.

Die Herrschaft der Habsburger in Böhmen und Mähren währte bis 1918. Danach übernahmen die Tschechen die Macht. Die dort lebenden Sudetendeutschen wurden gegen ihren ausdrücklichen Willen in den neuen Staat gepresst. In der Folge missachteten die Tschechen auch den Minderheitenschutzvertrag vom 10.September 1919, so dass sich Frankreich und England 1938 des Artikels 19 des Versailler Vertrages (gleichlautend mit Vertrag von St. Germain) besannen. Dieser sah *„von Zeit zu Zeit“* eine *„Nachprüfung unanwendbar gewordener Verträge“* vor. Die „Nachprüfung“ führte am 21. September 1938 zur „Prager Abtretung“ über das Sudetenland. An diesem Vertrag waren nur Frankreich, England und die CSR beteiligt. Das Deutsche Reich und Italien traten ihm erst acht Tage später in München bei, so dass sich dafür der Name Münchner Abkommen (MA) einbürgern konnte. Er regelte nur noch die Ausführungsmodalitäten der Abtretung.

Das Münchner Abkommen beruhte auf Artikel 19 des Vertrages von St. Germain

Das Protektorat lehnten die Sudetendeutschen ab, weil sie mit den Tschechen schlicht nichts mehr zu tun haben wollten. Die Gestapo verfolgte zwar den tschechischen Widerstand, der sich aber in Grenzen hielt, so dass Churchill Attentäter einfliegen lassen musste. Die Tschechen selbst sprachen gerne vom „Goldenen Protektorat“ und beteiligten sich in erstaunlichem Maße an der Kollaboration. Wer darin verstrickt war, kompensierte das nach Kriegsende durch besondere Grausamkeit an Deutschen. Die Vergeltungsmaßnahmen gingen von einer völkerrechtlich unstatthaften Kollektivschuld aus. Die Enteignung des sudetendeutschen Besitzes betrachtete Benesch als Vorgriff auf die von ganz Deutschland zu leistenden Reparationen. Das erklärte er laut Mastny-Protokoll im Dezember 1943 in Moskau.

Wer aber Opfer für die Allgemeinheit bringt, muss entschädigt werden. Dieser Grundsatz sollte auch für die Sudetendeutschen gelten. *(F.V.)*

Literaturhinweis:
Storch, Dr.Hans-Peter, Der tschechische Völkermord an den Sudetendeutschen, 2018

Artikel 19 - „das unbekannte Wesen“

Das Münchner Abkommen (MA) vom 30. September 1938 wird stets so dargestellt, als wäre es das teuflische Machwerk verbrecherischer Revanchisten, um damit friedliebende „Musterdemokraten“ zu erpressen. In Wirklichkeit traten Deutschland und Italien am 30. September 1938 nur einem Vertrag bei, den Frankreich und England schon am 21.September 1938 mit der CSR über die Abtretung des Sudetenlandes geschlossen hatten. Dieser aber fußte auf Artikel 19 des Vertrages von St. Germain (wortgleich mit dem Versailler Vertrag) und lautete:

„Die Vollversammlung kann von Zeit zu Zeit durch die Mitglieder des Völkerbundes die Überprüfung von Verträgen empfehlen, die unanwendbar geworden sind, und die Prüfung internationaler Verhältnisse, deren Fortbestehen den Frieden der Welt in Gefahr bringen können.“

Es ist offensichtlich, dass diese Bestimmung auf die Sudetenfrage anwendbar war. Dennoch betrachtete Benesch schon ihre bloße Erwähnung als existenzielle Bedrohung seines Landes (Bosl, S. 262). Dabei war die vorliegende Form bereits die „weichgespülte“ Fassung, denn ursprünglich war von einem *„Recht“* auf Revision die Rede und nicht nur von einer möglichen „Empfehlung“. Auch Beneschs Botschafter in Paris, Dr. Stefan Osusky, fürchtete einen *„moralischen Titel“*, den Deutschland aus Artikel 19 herleiten und als *„Rechtfertigung für einen neuen Krieg“* betrachten könnte. Daher ließ er sich Ende März 1933 vom Außenminister Frankreichs, Boncour, versichern, diesen Artikel aus der Diskussion herauszuhalten (Berber, S. 23). Im äußersten Notfall konnte Frankreich im Völkerbund dafür sein Vetorecht einsetzen.

Offene Worte fand sodann aber Chamberlain am 28.9.1938 im Britischen Unterhaus:

„Ich kann mich der Überlegung nicht enthalten, dass wir die Krise hätten vermeiden können, wenn der Artikel 19 der Völkerbundsatzung, der die Revision der Verträge auf dem Verhandlungsweg vorsieht, in Kraft gesetzt worden wäre. .... Für diese Unterlassungssünde müssen alle Mitglieder des Völkerbundes ihre Verantwortung tragen ...“ (Bosl, a.a.O.).

Im Jahren 1938 beruhte Chamberlains Politik auf der unzweideutigen Revisionsklausel der Pariser Vorortverträge, und sein Vorgehen sollte nicht als feiges Appeasement verunglimpft werden. Zahlreiche britische Diplomaten wie der britische Botschafter Newton in Prag gingen sogar noch weiter, als sie sagten, dass die CSR auch nach einem gewonnenen Krieg gegen Deutschland in der alten Form nicht wieder hergestellt werden dürfte.

Höchst merkwürdig ist jedoch, dass der Artikel 19 von den Sudetendeutschen weder vor noch nach „München“ erwähnt wird. Sollte er ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein? Vielleicht spielte er in ihren 24 Petitionen an den Völkerbund eine Rolle. Diese wurden bisher jedoch nirgends veröffentlicht.

Oder beweist das Schweigen darüber, dass Henlein gar keine grundlegende Revision, sondern nur eine innerstaatliche Lösung anstrebte? Das wurde von ihm ja auch lange betont. Dann wäre Henlein entschuldigt, nicht aber die Sudetendeutschen nach der Vertreibung, denn sie hätten auf ein wichtiges Beweisstück verzichtet.

Zum Schluss sei die Frage erlaubt, ob inzwischen auch der Abtretungsvertrag zwischen Frankreich, England und der CSR annulliert wurde? *(F.V.)*

Quellen:

Berber, Friedrich (Hrsg), Europäische Politik 1933-30 im Spiegel der Prager Akten, Essen 1942
Bosl, Karl, Hrsg, Die demokratische Struktur der Ersten tschechoslowakischen Republik, München 1975

Störfeuer gegen die hessische Landesbeauftragte.

Frau Margarete Ziegler-Raschdorf (69) ist hessische Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler. Diese Aufgabe versieht sie schon seit 2009 mit viel Hingabe und Sachverstand, jedoch nur im Ehrenamt. Ihre Aufwandentschädigung betrug monatlich 1.000 €. Jetzt wurde sie vom Land Hessen aus dem Ehrenamt auf eine hauptberufliche Stelle berufen.

Ziegler-Raschdorf

Das aber gefällt den drei Oppositionsparteien nicht. Die SPD spricht von Vetternwirtschaft, Yanki Pürsün (FDP) kritisiert die Selbstbedienungsmentalität der CDU und Saadet Sönmez von den LINKEN fürchtet eine *"völkische und teilweise revisionistische Traditionspflege mit Steuergeldern"*.

Das hessische Innenministerium verweist darauf, dass mindestens ein Drittel der Einwohner Hessens selbst Vertriebene oder deren Nachkommen sind. Die Schaffung dieser Stelle sei im Koalitionsvertrag vereinbart worden. Gedacht sei auch an die Einrichtung eines Lehrstuhls für Vertriebenenfragen an einer hessischen Universität. All das entspreche dem § 96 des Bundesvertriebenengesetzes.

Verständnisvolle Regierung

Das Verständnis für die Vertriebenen in der hessischen Koalitionsregierung liegt möglicherweise an der familiären Situation der beiden Hauptverantwortlichen. Ministerpräsident Volker Bouffier ist Sohn einer Donauschwäbin und sein Koalitionspartner, Tarek Al-Wazir, hat eine Sudetendeutsche zur Mutter. Bei der zugegeben nicht kleinlichen Einstufung Frau Ziegler-Raschdorfs in die Besoldungsgruppe B2 muss bedacht werden, dass sie Volljuristin ist und aus ihrer bisherigen ehrenamtlichen Tätigkeit schon einen enormen Erfahrungsschatz mitbringt. Zum Gesamtbild gehört auch, dass es in Hessen für andere Bereiche schon längst hauptberufliche Landesbeauftragte gibt.

Selbstverständlich wiesen die im BdV vereinigten Landsmannschaften die Angriffe auf „ihre" beliebte Landesbeauftragte zurück. Besonders absurd erscheint ihnen der o.g. Vorwurf der LINKEN zu sein, denn den Vertriebenen ging und geht es immer nur um Heilung von Verstößen gegen Menschen- und Völkerrecht, dem im „Grundgesetz für Deutschland" sogar ein Vorrang vor allen anderen Gesetzen eingeräumt wird. Das sollte sich inzwischen herumgesprochen haben.

Frau Ziegler-R. lebt in Fulda, war von 2004 bis 2008 Mitglied der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag und ist als Tochter von Schlesiern selbst Mutter dreier Kinder.

Vor 75 Jahren kam der erste Transport in Hessen an!

Am Bahnhof Leun bei Weilburg an den Lahn erinnert eine Gedenktafel an die Ankunft des ersten Vertriebenentransports in Hessen. Dieses Ereignis jährte sich am 4.Februar 2021 zum 75ten Male. Aus diesem Grunde hatten sich die Landesbeauftragte, Frau Ziegler-Raschdorf, und einige Persönlichkeiten der Region vor dieser Tafel versammelt. Die Landesbeauftragte nannte Zahlen: Mit weiteren 294 Transporten kamen rund 400.000 Vertriebene aus dem Sudetenland nach Hessen, die hier die Basis für einen Neubeginn fanden. Kreisobmann Plahl warnte vor dem Vergessen und formulierte als 11. Gebot den Satz: Du sollst Dich erinnern!"

Wie Benesch und Masaryk mit Geld umgingen

Die „Pflege“ der Presselandschaft

Otto Normalverbraucher wundert sich bisweilen, wie schwer sich die Politik manchmal tut, um ganz eindeutige Missstände abzustellen. So war die Sudetenfrage eine der großen offenen Wunden der Zeit nach dem 1.Weltkrieg, in der sich dennoch über Jahre hinweg nichts tat. Warum das so war, erklärt ein Blick in die Tresore des csl. Außenministeriums, das bis 1935 unter der Leitung von Eduard Benesch stand und danach in seinem Sinne weitergeführt wurde. Dort lagerten ganze Stapel von Quittungen über teils üppige Zahlungen an die internationale Presse, deren Gunst auf diese Weise erkauft wurde.

Zu den Empfängern gehörten in Frankreich insgesamt dreißig (30) Zeitungen. Die Beträge stiegen zwischen 1922 und 1928 von 401.600 auf stolze 3.346.533 frs. In England gehörte zu den Begünstigten auch Wickham Henry Steed, der Hauptschriftleiter der „Times“, der sich 1923 aber mit der Zeitschrift „Review of Reviews“ selbstständig gemacht hatte und sogleich 10.000 Pfund für Anzeigen und 3.000 Pfd. für die Mitarbeit an der „Prager Presse“ erhielt. Auf der Gehaltsliste standen auch die Journalistin Wiskeman, Winston Churchill und sogar Father Reichenberger. Wiskeman erwarb sich einen eher zweifelhaften Ruf mit ihrem die tschechischen Legionäre in Russland reinwaschenden Buch. Der journalistischen Landschaftspflege widmete sich das csl. Außenamt weltweit. In Wien kaufte es ganze Zeitungen auf, und seine Fäden reichten bis Australien. So kam es, dass Benesch als großer Staatsmann und die CSR weltweit als Musterdemokratie betrachtet wurden. Mysteriös war dann der Verbleib von einer (1) Million Kronen, die am 24.Mai 1938 an Jan Masaryk, den Präsidentensohn und Botschafter in London, überwiesen worden war. Offenbar waren sie in dessen Taschen verschwunden, bevor er sich in die USA begab.

All diese Transaktionen waren für die Sudetendeutschen doppelt ärgerlich. Einmal schadeten sie ihren politischen Zielen, zum anderen waren es ja vor allem ihre eigenen Steuern, von denen die gegen sie gerichtete Propaganda bezahlt wurde, denn mit vierzig (40) Prozent trugen sie bis zuletzt noch überproportional zum tschechoslowakischen Budget bei.

Der Wohlstand gewisser tschechischer Politiker

Im Jahre 1917 hatte T.G.Masaryk Schulden in Prag und besaß auf einer Bank in London 1.400 £, die aber für seine beiden Töchter bestimmt waren. Ein Betrag von etwas über 16.000 £ wurde als „American Fund“ bezeichnet und war vermutlich Unterstützungsgeld der Tschechen in den USA. Sechs Jahre später verteilte Masaryk aber jeweils 2.050.000 Kronen an die Mitglieder seiner Familie (Gattin und drei Kinder) sowie an das Ehepaar Benesch, zusammen also 10.250.000 Kronen. Zur besseren Einschätzung sei gesagt, dass man mit einem Monatsgehalt von 1.000 Kronen damals eine Familie gut über Wasser halten konnte. 1923 übergab Masaryk weitere 500.000 Kronen an Ferdinand Peroutka für die Gründung der Zeitschrift Pritomnost. Mit weiteren 10.000.000 Kronen stattete er 1932 die „T.G. Masaryk-Stiftung“ aus. Rätselhaft war auch Masaryks Umgang mit den vor 1918 von Auslands-Tschechen (und -Slowaken) gesammelten Geldern. Als die Spender 1918 Rechenschaft verlangten, entgegnete er, dass es kindisch sei, bei einer Revolution Zahlungsbelege zu sammeln.

Diese Merkwürdigkeiten fielen dem Parlamentsabgeordneten Dr. Charles Pergler auf. Er hatte die US-Staatsbürgerschaft, war aber gebürtiger Tscheche. Im 1. Weltkrieg hatte er die tschechische Unabhängigkeitsbewegung in den USA geleitet. Mit seinem Wunsch, Näheres über die Quellen des Wohlstandes hoher Politiker zu erfahren, scheiterte er total, obwohl er seine Vorwürfe auf Benesch begrenzte. Man fürchtete wahrscheinlich, dass eine parlamentarische Untersuchung ergeben hätte, dass Masaryk vor und während des Krieges britischer Spion war, der von dem US-Millionär Charles R. Crane Gelder empfing. Pergler wurde unter dem Vorwand des Landes verwiesen, dass er kein tschechoslowakischer Staatsbürger sei.

Entgegennahme von Zahlungen macht natürlich auch erpressbar. Das erfuhr Ed. Benesch im Jahre 1948. Zehn Jahre vorher, im Oktober 1938, hatte ihm der sowjetische Resident in Prag, Pjotr Zubow, 10.000 Dollar für die Flucht nach England übergeben. Die Quittung darüber sollte 1948 veröffentlicht werden, falls sich Benesch weigern sollte, die Macht reibungslos an Gottwald zu übergeben.

Und heute?

Die Sudetendeutschen sollten sich keiner Illusion hingeben was die Tätigkeit der tschechischen „Influencer" nach 1945 angeht! Zum beträchtlichen Teil dürfte die schlechte Presse, die sie nach 1945 in Deutschland und weltweit hatten (und haben!) mit den gleichen Methoden wie vor 1938 gesteuert worden sein.

Quellen:

Kalvoda, Josef, Czechoslovakia`s Role in Soviet Strategie, Washington 1978, S. 299 ff. ders., The Genesis of Czechoslovakia, New York, 1986, S.606 ff.; Macha, Karel, Glaube und Vernunft, Teil IV/1, S. 94; Sudetendeutsche Zeitung, 13.5.1961; Urban, Rudolf, Demokratenpresse im Lichte Prager Geheimakten, Prag 1943

Die Unterwanderung der Gestapo in Prag

Das Attentat auf Reinhard Heydrich 1942 in Prag veranlasste die deutsche Gestapo, eine Vielzahl von Tschechen (etwa 1.700) hinzurichten. Es trat ein, was der heimische Widerstand befürchtet hatte, als er sich gegen das Attentat aussprach. Beobachtern fiel auf, dass sich unter den Opfern überproportional viele bürgerliche Intellektuelle befanden und es die Kommunisten wenig kümmerte, dass auf diese Weise die „Creme" der tschechischen Nation dezimiert worden war. Sie argwöhnten daher einen Zusammenhang mit den Moskauer Rundfunkaufrufen zu Sabotageakten. Diese Beobachter lagen richtig, denn in den Reihen der Prager Gestapo befanden sich zwei sowjetische Agenten, die Einfluss auf die Hinrichtungslisten nahmen. So starben viele Mitglieder des nichtkommunistischen Widerstandes, aber auch einfach nur „ehrenhafte und unschuldige Tschechen". Ihre Zahl wird auf 200 geschätzt. Die Namen der beiden Agenten waren Jaroslav Nachtmann und Willi Leimer. Einer von ihnen, vermutlich Nachtmann, wurde nach dem Krieg vom NKVD zum Oberst befördert (Näheres im Netz!). Dieser Hinrichtungswelle fiel auch General Elias, der tschechische Ministerpräsident im Protektorat, zum Opfer. Er starb aber, weil ihn Benesch wegen einiger Meinungsverschiedenheiten mit gefälschten Briefen bei der Gestapo denunziert hatte (Kalvoda, Josef, Czechoslovakia`s Role in Sovjet Strategie, S. 312 f.).

Unnötige Inhaftierungen gab es schon gleich nach der Protektoratserrichtung. Die Gestapo hatte die Massenverhaftung von Kommunisten am 16./17.März 1939 weitgehend an tschechische Ämter delegiert. Diese setzten dabei aber mehr Leute fest, als die Gestapo übernehmen wollte (Rude pravo, 63, 15.3.1972).

Regenreichstes Jahr seit 2010 in Tschechien

Das Jahr 2020 war in Tschechien so regenreich wie zuletzt das Jahr 2010. Dies sagte der Meteorologe Martin Štros von der Online-Plattform Meteocentrum.cz gegenüber der Presseagentur ČTK. Demnach fielen allein bis Ende November hierzulande 735 Liter Niederschlag je Quadratmeter, das langjährige Mittel liegt bei 686 Litern. Besonders viele Niederschläge wurden im Februar, Juni und Oktober verzeichnet. Mehr Nass gab es zuletzt 2010 mit 867 Litern Niederschlag je Quadratmeter. Dieser Wert werde dieses Jahr sicher nicht übertroffen, sagte Štros.

Tschechische Sonderwünsche

Wiederkehr des alten Benesch-Geistes?

Das tschechische Parlament verabschiedete soeben ein Gesetz, das Geschäfte mit mehr als 400 qm Verkaufsfläche zur Bevorzugung heimischer Produkte zwingt. Betroffen sind 120 Produkte meist agrarischer Herkunft wie Gemüse, Eier und Fleisch. Ihr Anteil am Angebot muss 55 Prozent betragen und soll bis 2028 auf beachtliche 73 Prozent steigen! Der tschechische Landwirtschaftsminister Toman ermunterte seine Landsleute, nicht nur „deutsche Milch in den Kaffee zu gießen". Deutsche Milch wurde nicht zufällig herausgegriffen, denn der deutsche Anteil am ausländischen Nahrungsmittelangebot liegt mit 6,9 Milliarden € deutlich über dem Polens, Spaniens und der Slowakei.

Es ist ohne Zweifel richtig, Lebensmittel aus der „Region" zu beziehen. Das spart luftverpestende Transportwege. Abgeordnete der Opposition beklagten aber den Eingriff in die freie Marktwirtschaft. Das Gesetz werde einheimische Erzeuger vor Wettbewerb zu schützen und die Preise steigen lassen, was letztlich unsozial sei. Der Präsident des tschechischen Handelsverbandes machte auf mögliche Interessenkonflikte beim Premierminister aufmerksam, der Eigentümer des Lebensmittelkonzerns Agrofert ist.

Der Wunsch der Tschechen nach Sonderrechten kollidiert mit den Grundanschauungen der EU. Man kann keinen Lebensmittel-Chauvinismus in Szene setzen und gleichzeitig hohe und höchste EU-Ausgleichszahlungen einstreichen. Oder setzt sich nach dem Brexit so der Zerfall der EU fort? Offenbar entweicht der alten tschechischen Chauvinismus-Flasche gerade wieder etwas vom früheren Benesch-Geist. Es riecht wieder nach der Parole der zwanziger Jahre „Nekupujte u Němců" (Kauft nicht bei Deutschen)!

Geldregen aus Brüssel

Im Finanzrahmen der Europäischen Union von 2021 bis 2027 hat Tschechien die Möglichkeit, so viel Geld aus Brüssel zu schöpfen wie nie zuvor.

Dazu machte die Ministerin für Regionalentwicklung, Klára Dostálová (parteilos), bei einer Videokonferenz nähere Angaben. Demnach stehen Tschechien bis zu 960 Milliarden Kronen (36 Milliarden Euro) an Subventionen aus Brüssel zur Verfügung. Dies seien 450 Milliarden Kronen (17 Milliarden Euro) mehr als im ursprünglichen Entwurf von 2018. Diese Gelder übertreffen jene aus dem derzeit auslaufenden Finanzrahmen um gut ein Drittel. Dostálová erinnerte daran, dass die Europäische Kommission wegen der Corona-Krise einige zusätzliche Finanzinstrumente geschaffen hat. So etwa den Fonds zur Wiederbelebung der Wirtschaft, der den Betrag für Tschechien um rund 170 Milliarden Kronen (6,4 Milliarden Euro) anwachsen ließ. Und im Kohäsionsfonds befinden sich 40 Milliarden Kronen (1,5 Milliarden Euro) zusätzlich. *„Wir konnten zudem einen neuen Fonds aushandeln, und zwar zur gerechten Transformation der Kreise Mährisch-Schlesien, Karlsbad und Ústí nad Labem"*, sagte die Regionalentwicklungsministerin. Ihren Angaben nach stehen aus diesem Topf bis zu 42 Milliarden Kronen (1,58 Milliarden Euro) bereit.

Zugleich erinnerte Klára Dostálová daran, dass die EU-Gelder nicht automatisch fließen, denn „*Wir müssen genügend Projekte haben"* und dadurch könnte der Geldstrom etwas geringer ausfallen. Für die CR sei es daher von Vorteil, dass sich die Verabschiedung des Finanzrahmens wegen der Streitigkeiten zwischen den EU-Mitgliedsstaaten etwas verzögert, denn das gebe der CR die Chance, in der Planung neuer Projekte voranzuschreiten.

(Quelle Radio Prag, Autor Till Janzer)

Millionär wird man nur von dem Geld, das man nicht ausgibt.

(Rockefeller)

Zustimmung zur EU steigt in Tschechien

Die EU-Mitgliedschaft Tschechiens wird von so vielen Einwohnern des Landes positiv bewertet, wie seit 2010 nicht mehr. Etwa drei Fünftel haben eine zustimmende Haltung. Dennoch meinen aber 61 Prozent der Befragten, dass die tschechische Regierung keinen Einfluss auf die wichtigsten EU-Entscheidungen hat. Das geht aus einer Umfrage der Agentur STEM hervor, die Ende Oktober und Anfang November unter 1003 Teilnehmern ab 18 Jahre durchgeführt wurde.
Ihre Zufriedenheit mit der EU-Mitgliedschaft äußerten aktuell 57 Prozent der Tschechen. Ein höherer Anteil, nämlich 65 Prozent, wurde zuletzt vor zehn Jahren registriert. Nach der Finanzkrise begann der Wert kontinuierlich zu sinken. 2016 befand er sich auf einem Tiefpunkt von 35 Prozent.

230 Jahre Prager Universitätsklinikum

Am 2. Januar 1791 öffnete das „k.u.k. Allgemeine Krankenhaus zu Prag" seine Tore für hilfesuchende Patienten. Seine Gründung geht auf den fortschrittlichen Kaiser Joseph II. zurück, der 1781 eine Direktive zur Einrichtung öffentlicher Krankenhäuser herausgab.

Das erste öffentliche Krankenhaus in Prag 1791

Davon zeugt eine bis heute erhaltene Inschrift an der Fassade des Krankenhauses. Die ersten Krankenhäuser entstanden in Wien (1784), Brno / Brünn (1786) und Olomouc / Olmütz (1787). Die Klinik in der Prager Neustadt wurde von Josephs Nachfolger Leopold II. eingeweiht. Das Gebäude war vorher der Sitz des Frauenstiftes „Zu den heiligen Engeln". Bei seiner Eröffnung verfügte das Krankenhaus über 300 Betten für Patienten aller Schichten, Religionen und jeglicher Herkunft. Die mittellosen Bewohner Prags wurden dort kostenlos versorgt, sofern sie schon zehn Jahre in der Stadt wohnten und einen Nachweis über ihre Armut vorlegen konnten. Für zahlende Patienten waren Zimmer erster und zweiter Klasse vorgesehen.
Heute ist das Haus zudem eine der ältesten Universitätskliniken Tschechiens. Sein Hauptsitz befindet sich nach wie vor am Karlsplatz. Nur wenige Monate nach seiner Eröffnung wurde die Ausbildung junger Mediziner im Krankenhaus aufgenommen. (Radio Prag, 03.01.2021)

Tschechische Holocaust-Forscherin von deutschem Gericht bestraft

„Der Spiegel" berichtete, dass das Landgericht Frankfurt am Main im November 2020 die tschechische Historikerin Anna Hájková zu einer Strafe von 4000 Euro verurteilt hat. Klägerin war die Tochter einer Holocaust-Überlebenden, die die Persönlichkeitsrechte ihrer Mutter verletzt sah. Die Wissenschaftlerin forscht zum Thema Homosexualität im Holocaust und behauptete, dass die Mutter der Klägerin, eine tschechische Jüdin, im Konzentrationslager Neuengamme ein lesbisches Verhältnis mit einer SS-Aufseherin gehabt haben könnte..
Hájková, die an der Universität im britischen Warwick lehrt, stützt ihre Studie auf Aussagen von Überlebenden und rechtliche Dokumente. Eindeutige Beweise gäbe es aber nach ihren eigenen Angaben nicht. Die Klägerin hat der Historikerin 2014 in einem Gespräch gesagt, dass das Verhältnis ihrer Mutter zu der Aufseherin keinen sexuellen Charakter hatte.
(Aber selbst wenn, liebes Gericht, wieso wäre das in unserer modernen Zeit noch etwas Diskriminierendes?)

Geringeres Schmerzensgeld für Havel-Witwe

Dagmar Havlova

Im März 2012 behauptete die zur Bauer-Gruppe gehörende Boulevard-Zeitschrift *Pestrý svět* (Bunte Welt), Dagmar Havlová, geb. Veskrnova, die Witwe Vaclav Havels, hätte noch vor dem Tod ihres Mannes eine Liebschaft begonnen. Die frisch Verwitwete verklagte die Zeitschrift wegen Verleumdung, und das Prager Stadtgericht sprach ihr 1,2 Millionen Kronen (46.000 Euro) an Entschädigung zu. Das Obergericht erhöhte die Summe in einem Berufungsverfahren auf vier Millionen Kronen (154.000 Euro).
Dagegen hat sich die Zeitschrift gewehrt. Der Vorwurf der Verleumdung blieb bestehen, aber der Oberste Gerichtshof in Brno / Brünn stellte die Höhe der Entschädigung in Frage, weil vier Millionen Kronen die Zahlungen in vergleichbaren Fällen übersteige. Nun muss das Obergericht in Prag erneut über die Höhe der Entschädigung entscheiden. (Radio Prag, 5.1.21)

Die deutsche Justiz ist „flexibel“

Seit „Nine Eleven“ (11. Sept. 2001, Anschlag auf das One-World-Center) führen die USA weltweit „Krieg“ gegen den Terrorismus, vornehmlich in „Nah- Ost“. Dabei setzen sie auch Drohnen ein, die zwar von Florida aus gesteuert werden, ihre Ziele ohne eine Relaisstation im deutschen Ramstein aber nicht erreichen könnten. Schon lange gibt es Zweifel, ob Deutschland diese Praxis dulden darf, auch weil dabei öfter Unschuldige getötet werden. Das war auch im Jahre 2012 der Fall, als im Jemen eine Hochzeitsgesellschaft angegriffen wurde..
Drei Hinterbliebene zogen schließlich vor deutsche Gerichte. Sie forderten die Kündigung der Verträge für die US-Nutzung des Ramsteiner Stützpunktes.
Das Bundesverwaltungsgericht zu Leipzig erwies sich als anpassungsfähig und wies die Klage ab (FAZ, 27.11.2020, S. 4). Zur Begründung hieß es, dass die Bundesregierung einen solchen Schritt *„wegen der massiven nachteilhaften Auswirkungen für die außen-, bündnis- und verteidigungspolitischen Belange“* nicht *„ in Erwägung ziehen“* müsse.
Wie schade, muss man sagen, dass diese Argumentationsfigur anderen deutschen Gerichten bisher fremd war. Es hätte einigen neunzigjährigen Greisen geholfen, die mit 16 Jahren für die Bewachung eines KZ eingeteilt worden waren. Auch auf deren *„Belange“* hätte es *„massive nachteilhafte Auswirkungen“* gehabt, wenn sie einst *„in Erwägung gezogen“* hätten, ihren Dienst zu verweigern.
Mit der Gleichheit vor den Gerichten hatten aber schon die alten Römer ihre Erfahrungen gemacht, denn eines ihrer bekanntesten Sprichwörter lautete: *Quod licet Jovi, non licet bovi* (Was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt).

Die Bundesrepublik ist kein Rechtsstaat, sondern ein Gerichtsstaat
(Kanzler Helmut Schmidt am 12.12.1981 zu Erich Honecker, FAZ, 19.11.2020)

Die Brüder Grimm weckten deutsches Nationalgefühl

Die Sammlung der „Kinder- und Hausmärchen“ der Brüder Grimm entstand nicht nur aus wissenschaftlichem Interesse. Vielmehr sollte damit auch Stolz auf die deutsche Kultur geweckt werden. Immerhin hatte Napoleon Bonaparte geraden das Deutsche Reich aus den Angeln gehoben und in Kassel, dem Wohnort der Grimms, seinen Bruder an die Spitze eines Königreichs Westfalen gestellt. Da war es weniger wichtig, dass einige der Märchen wahrscheinlich „Importe“ waren, und zwar durch Hugenotten ausgerechnet aus Frankreich!

Die Welt verstehen

1.Das Grundgesetz für Deutschland wurde zwischen 1951 und 2019 schon 64mal geändert (Google).
2. Im Jahre 2019 vergab die Bundesregierung Aufträge von 150 Mio. € an die Werbebranche und gehörte damit zu den 20 größten Auftraggebern im deutschen Reklamewesen (FAZ, 19.11.20).
3. Deutschland stellt in der EU 17,5 % der Einwohner, ist im EU-Parlament aber nur mit 13,6 % der Abgeordneten vertreten (Focus, 21.11.2020).
4. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble freut sich, dass die stark umstrittene Finanz- und Wirtschaftsunion der EU im „Windschatten" der Pandemie unter dem Decknamen „Corona-Bonds" verwirklicht werden kann („Neue Westfälische", 20.8.2020, Interview).
5. Das Jahresgehalt von Fußball-Bundestrainers Löw beträgt drei Mio. €. Der Drittligist KFC Uerdingen gibt für seinen Trainer jährlich noch 600.000 € aus (FAZ, 27.11.2020).
6. Nach der Schlacht am „Weißen Berg" (1620) verließen viele Protestanten Böhmen. Ein neuer Siedlungsschwerpunkt entstand für sie im jetzigen Berliner Stadtteil Babelsberg. Er hieß Nova ves, später Nowawes (Radio Prag, 5.12.20).
7. Die Verlagsgruppe Passau (VGP) erwarb nach der Wende fast alle Lokalzeitungen Polens und der CR. Jetzt hat der staatsnahe Ölkonzern Orlen die etwa 140 Zeitungen Polens „repolonisiert". Auch in der CR ist der Passauer Konzern aus dem (defizitären) Geschäft ausgestiegen (FAZ, 10.12.20).
8. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Anette Widmann-Mauz (CDU), bemängelt, dass nur jeder achte der 230.000 Bundesangestellten einen Migrationshintergrund hat (J.F.11.12.20).
9. Der Bundesfinanzgerichtshof entzog dem Umweltschutzverein ATTAC den Status der Gemeinnützigkeit, weil er auch allgemeinpolitische Zwecke verfolge. Der Wunsch der SPD, das Steuerrecht im Sinne von ATTAC zu ändern schlug fehl. Es bleibt daher eine Grauzone (J.F.11.12.20).
10. Sklavenhändler verbrachten mit rd. 27.000 Schiffsfahrten etwa 11 Mio. afrikanische Sklaven nach Amerika. Bei der Gefangennahme und beim Transport starben rd. 1,5 Mio. von ihnen (Wikipedia).
11. Das auflagenstärkste Buch der Welt ist nach der Bibel „Robinson Crusoe".
12. Der Egerländer Sepp Schwarz (1910-1985), zuletzt Staatsekretär in Baden-Württemberg, bereiste schon 1931 mit einer Egerländer Trachtengruppe Deutschland, um daran zu erinnern, dass auch jenseits der Grenze Deutsche leben (Land an der Miesa, 1985, S.141).
13. Schon 1987 enthielt der Katalog eines deutschen Versandhauses 8.928 angloamerikanische Wörter. Ab 2021 wird auch der deutsche Wetterbericht internationaler, denn die Hochs und Tiefs sollen, entsprechend der Vielfalt der Bevölkerung, mehr „migrantische" Namen erhalten (FAZ, 6.1.2021).
14. Im Böhmerwald sank am 11.Jänner 2021 die Quecksilbersäule auf minus 25 Grad C. (Radio Prag)
15. Bei einer Kundgebung gegen die Corona-Abwehr-Maßnahmen in Prag sprach auch Ex-Präsident Vaclav Klaus und erklärte, sich nicht impfen zu lassen. Das Motto der Demonstration lautete „Lasst uns Tschechien öffnen" (Radio Prag, 12.1.21).
16. Im August 1941, also vor 80 Jahren, erging der sog. Stalin-Erlass über die Verbannung der sog. Russlanddeutschen. Ihre vollständige Rehabilitierung steht bis heute aus (Pressemitteilung BdV, 13.1.21).
17. Bernd Kannenberg, 1972 Olympiasieger im 50-km-Gehen, verstarb am 13.1.21 in Münster. Kannenberg wurde am 20.8.1942 in Königsberg geboren und floh mit seiner Großmutter auf der Wilhelm Gustloff. Während seine Oma ertrank, überlebte er die Versenkung des Schiffes (SdP Nr.8, 18.1.21).
18. Der Bericht des US-Senats über Foltermaßnahmen der CIA umfasst 6.700 Seien, von denen nur 525 veröffentlicht wurden (FAZ, 22.1.21, S.8).
19. Im letzten Jahr wurde in der CR kein einziges Windrad installiert. Der Anteil der Windkraft beträgt unter 1 Prozent, während europaweit 15 % erreicht werden (Radio Prag, 20.1.21).
20. Deutschland ist auch deshalb ein Hochsteuerland, weil von 83 Mio. Einwohnern nur noch 18 Mio. mehr in die öffentlichen Kassen einzahlen, als sie daraus bekommen, also sog. Nettosteuerzahler sind. Viele Hochqualifizierte machen das nicht mit und verlassen Deutschland (Tichys Einblick.02-2021, Seite 30).

„Hat dein heimatliches Land
keinen Reiz für deinen Sinn?
Wer zerriss das schöne Band,
das Dich zog zur Heimat hin?"
(Aus Verdis Oper „La Traviata" - „Die vom Wege Abgekommene"

Die Weisheit unserer Regierung

Der Elektroingenieur Klaus Maier führt in seinem neuen Buch

„Die Abrechnung mit der Energiewende" (524 Seiten, 24,95 €)

den Nachweis, dass die Energiewende, wie sie die Bundesregierung in die Wege geleitet hat, technisch und wirtschaftlich unmöglich ist. In Deutschland fehlen dafür schlicht und ergreifend die Flächen, denn für eine „grüne" Energieversorgung müssten die bestehenden Wind- und Solaranlagen um den Faktor **18,2** vergrößert werden. Auch finanziell gibt es Grenzen. Für die Jahre von 2020 bis 2050 fielen 11 Billionen Euro an, also das 22fache des aktuellen Bundeshaushalts.

Bessere Einsichten scheint mittlerweile aber Greta Thunberg gewonnen zu haben. Ihr vorsichtiger Hinweis auf die Atomkraft beruht vermutlich auf der Information, dass neuere Reaktortypen immer sicherer werden und dabei noch die bisher als lästiger Abfall behandelten abgebrannten Uranstäbe verwerten können.

Mit der Energiewende hat sich unsere Regierung leider unsterblich blamiert. Dürfen wir hoffen, dass sie auf anderen Politikfeldern weniger stümperhaft agiert?

Deutschlands mangelnde Korruptionsbekämpfung

Ein Bericht der Antikorruptionskommission (GRECO) des Europarates legt offen, dass Deutschland in Sachen Korruptionsbekämpfung zu wenig unternimmt.

Die wichtigsten Forderungen der GRECO sind daher:

1. Offenlegung, mit wem Spitzenpolitiker über welche Themen gesprochen haben.
2. Offenlegung, ob bei Bundesministerien und parlamentarischen Staatssekretären private mit öffentlichen Interessen in Widerstreit geraten können. Verpflichtend sollte die Veröffentlichung von finanziellen Beteiligungen sein.
3. Verhaltenskodex für den Umgang mit Geschenken und Lobbyisten.

Der Handlungsbedarf ist groß, um Politiker vom Verdacht der Käuflichkeit zu befreien. Da die Abgeordneten bisher mehrheitlich offenbar nicht willens waren, diese Defizite zu beheben, muss man viele ihrer oft hochmoralischen Einlassungen als unglaubwürdig ansehen. Verdienste im Kampf für mehr Transparenz hat die Interessengemeinschaft „abgeordnetenwatch.de", die bereits im vergangenen Jahr, zusammen mit zwei weiteren Initiativen, die Missstände gegenüber GRECO benannt hat. „abgeordnetenwatch" streitet in Deutschland auch vor Gericht um mehr Transparenz bei den Nebeneinkünften der Politiker und um die Einrichtung eines Lobbyregisters.

Ein tschechischer Versuch

Einen anderen Weg geht man in der CR: Dort gründete der pensionierte Polizist Šlachta eine Partei mit starker Ausrichtung gegen Korruption und das organisierte Verbrechen. Ihr Name: „Hnutí Přísaha" (deutsch: Bewegung Schwur). Als Insider kennt Šlachta die neuralgischen Punkte: Er will erreichen, dass die Polizei von politischem Druck freigehalten wird und dass bestimmte Spezialeinheiten der Polizei erneuert werden!!! Für die Anschubfinanzierung seiner Partei hat Šlachta einen Bankkredit aufgenommen. Seine Arbeit erscheint dringend nötig, weil die CR im aktuellen Korruptionsbericht wieder um 5 Plätze auf Rang 49 zurückgefallen ist. (Radio Prag, 27.1.21).

Dem ganzen Stress kannst Du entgeh´n, vermeidest Du es aufzusteh´n.

Zum Beethoven-Jahr 2020

Die Uraufführung von Beethovens Missa Solemnis erfolgte in Warnsdorf

Das nordböhmische Warnsdorf ist als „nordböhmisches Manchester“ ein Zentrum der Textilindustrie gewesen und war auch als Sitz eines altkatholischen Bischofs bekannt. Warnsdorf ist aber auch in die Musikgeschichte eingegangen, denn hier wurde Beethovens Missa Solemnis zum ersten Male aufgeführt. Dies ist dem Warnsdorfer Oberlehrer Johann Vinzenz Richter 1830 zu verdanken. Richter ist 1788 in Warnsdorf geboren und stammte aus einer musikalischen Familie. Sein Onkel Josef Schubert schrieb vier Opern und zahlreiche andere Kompositionen und starb 1853 als Hofmusiker in Dresden. Johann Vinzenz Richter selber lehrte in Warnsdorf zunächst als Hilfslehrer an der Seite seines Vaters, bis er dessen Posten als Lehrer und Kirchenmusiker übernahm. Durch sein jahrzehntelanges Wirken hat er die Musikgeschichte seines Heimatortes entscheidend geprägt, denn er „lebte für die Musik“, wie ein früher Biograph Richters schreibt: „Er brachte die Warnsdorfer Kirchenmusik bald auf eine bedeutende Höhe.“ So studierte er Mozarts „Requiem“ ein, Werke von Hummel und Haydn, sowie Oratorien von Händel und anderen großen Komponisten. Seine größte Leistung aber war die erste liturgische Aufführung der „Missa Solemnis“ von Beethoven am 29. Juni 1830 in der Pfarrkirche von Warnsdorf. Beethoven hatte diese Messe ursprünglich zur Inthronisation des Olmützer Erzbischofs Erzherzog Rudolf von Österreich komponiert, doch zog sich die Fertigstellung und Übergabe des Manuskriptes an seinen Mäzen bis 1823 dahin. Beethoven hatte dabei mit diesem Werk mehr an ein festliches Konzert gedacht als an eine Messe im herkömmlichen Sinne. Sie ist das Werk, das Beethoven selbst als sein größtes einschätzte, wie er 1823 betonte. Sie erschien erst nach Beethovens Tod 1827 im Druck und ist zu Lebzeiten des Komponisten nie vollständig aufgeführt worden. Er selber erlebte nur am 7. Mai 1824 auf der „Großen musikalischen Akademie des Herrn L. van Beethoven“ im k.k. Kärntnertor-Theater in Wien, dass einzelne Teile der „Missa Solemnis“ auf dem Programm standen. In St. Petersburg soll die Messe 1824 als Konzert aufgeführt worden sein. Fürst Nikolaus Galitzin, der ein Verehrer und Mäzen Beethovens war, hatte in Wien eine Abschrift der Partitur erworben und der Petersburger Philharmonischen Gesellschaft geschenkt. Doch ist dieses Konzert in Unklarheiten gehüllt: Wir haben keine glaubwürdigen Quellen darüber und wissen nicht, ob es die vollständige Messe war und das Konzert öffentlich stattfand, so dass allgemein die drei Aufführungen vom 29. Juni, 30. Juni und 1. Juli 1830 in der Pfarrkirche von Warnsdorf die ersten vollständigen nachweisbaren liturgischen Aufführungen in der Öffentlichkeit darstellen. Erst 1835 kam es in Pressburg im St. Martins-Dom zu einer weiteren Aufführung, zu deren 100. Jahrestag am Dom eine Gedenktafel angebracht wurde. Dann trat die „Missa Solemnis“ ihren Triumphzug in alle europäischen Musikmetropolen an: Dresden 1839 und 1843, Köln 1844, Wien, Bonn, Leipzig 1845, Prag 1856 usw. Die Warnsdorfer Uraufführung war das Werk von Laien, die Richter um sich sammelte, mit denen er intensiv übte und die für ihre Leistungen allgemeinen Beifall erhielten. Ein Handzettel von 1830 führte alle Mitwirkenden auf: Als 1. Dirigent fungiert „Herr Johann Vinzenz Richter, Schullehrer in Warnsdorf. 2. Dirigent: Herr Franz Schuchanek, Musikmeister in Zittau.“ Die Solisten stammten alle aus Warnsdorf, doch finden wir unter den 36 Mitgliedern des Chores und den 47 Musikern nicht nur Bürger Warnsdorfs, sondern auch aus 17 verschiedenen Gemeinden der Umgebung. Sie kamen aus Schluckenau und Georgswalde, aber auch aus Friedland, Reichenberg und aus dem benachbarten Sachsen.

Richters Sohn Pius erinnert sich noch 1892 im hohen Alter als Hoforganist und Hofkapellmeister in Wien „sehr gut an die Lobsprüche, die meinem Vater, dem Leiter des gewaltigen Unternehmens, für das Gelingen desselben gezollt wurden.“ Auch der Musikpädagoge Josef Proksch, zu dessen Schüler Friedrich Smetana gehörte, war damals dabei und bezeichnete „die Aufführung als wohlgelungen“ . Aus dem innigen Zusammengreifen der Mitwirkenden und dem richtigen Auffassen einzelner Stellen merkte man, daß die aus allen vier Enden zusammengekommenen Musiker von Eifer, Aufmerksamkeit und Liebe für das Werk beseelt waren.“ Auch die „Wiener Allgemeine Theaterzeitung“ sprach von „vortrefflichem Gelingen dieses mit Geist und Kraft vorgetragenen größten Meisterwerkes der Kirchenmusik“ und drückte die Hoffnung aus, „daß die Kirchenmusik auf dem Lande auch in anderen Provinzen zu einem ähnlichen Grade von Vollkommenheit gebracht werden möge.“ In Warnsdorf blieb die Erinnerung an dieses Ereignis lebendig. Zum 100. Jahrestag wurde 1930 die Aufführung wiederholt, wobei Richters Enkelin aus Wien das Violinsolo spielte und andere Nachkommen Richters anwesend waren. Auch im heute tschechischen Warnsdorf ist Richter nicht vergessen. Am 28. Oktober 1968 wurde wieder an der historischen Stätte die „Missa Solemnis“ aufgeführt und eine Gedenktafel an der Kirche angebracht.

Schlüsseldokumente zur deutschen Zeitgeschichte

Der Heimatkreis Mies-Pilsen hat ein exzellentes Buch herausgegeben

Diese Dokumente zur deutschen Zeitgeschichte sind ein Glücksgriff. Man findet darin Belege vor allem zu Ereignissen unserer Lebenszeit. Da ist beispielsweise das Dokument 28. Es rückt kurz das Geschehen am Prager Wenzelsplatz am 5. Mai 1945 in den Blick. Der Zeitzeuge Ludek Pachmann schildert das Geschehen. Seinem Text ist gleich eine Übersetzung ins Tschechische angefügt. Das Ganze ist auf zwei Seiten geordnet. Das ist die ideale Länge, in der ein Sachverhalt den meisten Menschen schlüssig präsentiert werden kann. Das ist bei den Dokumenten in diesem Buch nicht immer gelungen, das Bemühen ist aber stets spürbar. Ähnlich gut präsentiert sich das Dokument 12: Wolfskinder – vom Schicksal der„vokietukai“, den „kleinen Deutschen“. Es fasst das Wissen um dieses Thema auf zwei Seiten zusammen, und scheint besonders gelungen. Es ist offenbar in der Begegnung mit den letzten noch lebenden Wolfskindern im nördlichen Ostpreußen um die Jahrtausendwende entstanden. Das Wolfskind Christl Verprauskiene wird zitiert. Es stellt sich die Frage, welches das interessanteste der 54 Dokumente sei. Sie ist kaum zu beantworten; denn das ist Geschmackssache. Leichter ist die Antwort, wenn nach dem schönsten gefragt wird. Man stimmt meist überein bei PAMO-Dok 25: Das Deutschlandlied. Es entstand vor Jahrzehnten, als die Hymne während der Wendezeit kurz strittig war. Sie ist gleich auf der ersten der vier Seiten mit einer farbigen Miniatur versehen, die Walther von der Vogelweide zeigt. Zu den bemerkenswertesten Dokumenten gehört zweifellos das Dokument 40: Dresden 1945 – der Brief der Verständigung des Majors Merrit P. Drucker. Als vollinformierter amerikanischer Bürger formuliert Drucker die Worte der

Entschuldigung in zeitloser Gültigkeit. Die beigefügte Übersetzung erschließt dem Dokument fast globale Bedeutung. In diesem Zusammenhang sei auf das Dokument 24 hingewiesen: Das 20. Jahrhundert – das der Völkermorde. Dr. Püschel gelang es, das deutsche Vertreibungsgeschehen vor 75 Jahren aus dem Dokument 14 in die globale Übersicht der farbigen Grafik des Strassler-Family-Institutes zu integrieren. Auch die zivilen Opfer des Bombenkrieges in Deutschland sind dort besonders sichtbar gemacht und in Blau hervorgehoben. Dennoch ist es sicher eines der strittigsten Dokumente. Das liegt einmal an der hohen Zahl für das Deutsche Reich und dass z.B. die Amerikaner und Franzosen bei den Völkermördern ganz fehlen. An dieser Stelle wird allmählich deutlich, wie vielfältig und unerschöpflich die Reihe dieser 54 Dokumente ist. Hier wurde Kleinod an Kleinod aneinandergereiht, und dennoch sind manche ebenso interessante Stücke nicht erwähnt. Zu empfehlen ist dem Interessierten einfach zunächst einen Blick in das ausführliche Inhaltsverzeichnis. Das ermöglicht eine schnelle Orientierung. Auch beim unbeschwerten Durchblättern merkt man spätestens, welches Schatzkästlein man vor sich hat. Es ist ein gutes Stück deutscher Geschichte unserer Zeit, so traurig sie manchmal auch gewesen sein mag. Davor schreckte diese Sammlung keineswegs zurück. Das Buch enthält die erwähnten fünf großen Karten, außerdem alle Bilder und Skizzen, die ursprünglich in die PAMO-Doks eingebunden waren. Das Titelbild zeigt eindrucksvoll den Aufgang zum Deutschen Bundestag und ist dieser Besprechung beigegeben. Das Buch hat fast 200 Seiten und erscheint im Großformat 19,5 x 27 cm. Das macht auch die fünf Karten sehr gut lesbar. Wer sich für ein Buchinteressiert, möge sich wenden an den *Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41, 91550 Dinkelsbühl*. Sie erhalten von dort das Buch zum Selbstkostenpreis von 25 Euro, solange der Vorrat reicht. *(Franz Gissau, Seeon II)*

Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds verteilt weitere Mittel an NS-Opfer

Der Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds stellt weitere Sondermittel in Höhe von knapp 75.000 Euro bereit. Sie sind für den Schutz tschechischer NS-Opfer vor der Pandemie vorgesehen. Der größte Teil (knapp 30 000 Euro) ist für die Jüdische Gemeinde in Prag bestimmt, die sich der Pflege der ältesten Holocaust-Überlebenden und der Fürsorge der zweiten und dritten Opfergeneration widmet. Ein weiterer großer Teil der Gelder (knapp 23 000 Euro) geht an insgesamt 380 ehemalige Zwangsarbeiter, politische Häftlinge und Roma. Das Soziale Hilfszentrum der Organisation Post Bellum erhält 11 500 Euro für individuelle Hilfe, einschließlich psychosozialer Beratung. Weitere Mittel (9 500 Euro) werden an die regionalen jüdischen Gemeinden in Tschechien zur Pflege von Holocaust-Opfern in unterschiedlichen Regionen Tschechiens sowie für Antigen-Tests verteilt (Radio Prag, 26.1.21).

Die Lage ist sehr bedenklich,
wenn nicht mehr das Erreichte zählt, sondern das Erzählte reicht!

Freunde Ungarns rufen zur Zusammenarbeit auf

Die „Deutsch-Ungarische Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland“ (DUG) und „Der Bund Ungarischer Organisationen in Deutschland“ (BUOD) riefen gleich zu Beginn des neuen Jahres zu einer Verstärkung der Zusammenarbeit der „Freunde Ungarns in Deutschland“ auf. Der Text des Aufrufes erschien in der Budapester Zeitung vom 5. Jänner 2021 und wird im Folgenden wiedergegeben.

MP Orban 2021

Vorab sei aber daran erinnert, dass der ungarische Ministerpräsident, Orban, in diesem Jahr erstmals persönlich am ungarischen Vertriebenengedenktag teilgenommen hat. Orban setzt die 1989 begonnene Politik fort, die mit der Grenzöffnung wesentlich zum Ende der DDR-Diktatur beigetragen hat. Zu Recht versicherte damals Außenminister Dietrich Genscher: *„Diese Tat wird Deutschland den Ungarn nie vergessen“*.

Hier der Aufruf:

Aufruf zur Zusammenarbeit der Freunde Ungarns in Deutschland!

Die Freunde Ungarns in Deutschland müssen seit langem erleben, dass die Berichterstattung über Ungarn in deutschen Medien selten von angemessener Sachlichkeit bestimmt wird. Das gilt noch mehr für die Debatte in weiten Tei1en der deutschen Politik.

In manchen Parteien ist es geradezu chic geworden, sich mit immer massiveren Angriffen auf die ungarische Politik zu profilieren. Selbstverständlich ist Kritik am Regierungshandeln legitim und in lebendigen Demokratien unverzichtbar.

Die fundamentale Kritik an Ungarn hat in Deutschland allerdings inzwischen die Form einer Kampagne angenommen, die Fairness und Respekt gegenüber einem Kulturvolk aus der Mitte Europas vermissen lässt, dem gerade Deutschland viel zu verdanken hat. Häufig wird diese Kampagne gerade von denjenigen betrieben, denen in Wahrheit die ganze politische Richtung in Ungarn nicht in die eigene Ideologie passt.

Ungarn hat sich von Beginn an wie kaum ein anderes Land gegen die ungeregelte Massenzuwanderung aus islamischen Ländern gestellt, Ungarn verteidigt die christlich abendländische Tradition Europas und die klassische Familie. Man muss diese Überzeugung nicht teilen. Aber man sollte sie zumindest respektieren und nicht als rechtspopulistisch verunglimpfen.

Ungarn hat in Deutschland viele Freunde. Aber sie müssen sich besser vernetzen, damit ihre Stimme wahrnehmbar ist. Dabei wollen unsere beiden Gesellschaften vorangehen; BUOD und DUO repräsentieren gemeinsam eine Vielfalt an ungarischer Kultur sowie gesellschaftlicher und politischer Präsenz zugunsten der deutsch-ungarischen Freundschaft.

Deshalb bitten wir in einem ersten Schritt unsere Mitglieder, die jeweils andere Organisation nach Möglichkeit zu unterstützen, gerne auch durch Beitritt, und unsere Arbeit so eng wie möglich zu verzahnen. Wir wollen in Zukunft gemeinsam handeln, um mehr Brücken zwischen Deutschland und Ungarn zu bauen. Alle Freunde Ungarns sind herzlich eingeladen, daran mitzuwirken, Bitte melden Sie sich bei uns und helfen Sie mit, die deutsch-ungarische Freundschaft zu stärken!

Aufmerksame SLÖ:

Über einige deutsche und österreichische Fernsehsender lief im Herbst 2020 der Bericht „Vertreibung-Odsun-Das Sudetenland“. Er war gut gemeint, doch in wichtigen Punkten zumindest lückenhaft. Darauf hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft Österreichs (SLÖ, Wien) in einem längeren Schreiben an den Programmdirektor des Ersten Deutschen Fernsehens, Herres, München, hingewiesen. Sie forderte, den Film gründlich zu überarbeiten in neuer Form erneut auszustrahlen. Dank nach Wien!

Rede von Alfred Zips, Oberstleutnant i.R., beim Treffen der Russlanddeutschen in Friedland am 28.August 2020:

Meine Damen und Herren, liebe Freunde!
Ich bin Vertriebener aus dem Sudetenland. Daher darf ich feststellen: Ihr Schicksal und meines verbindet die Erinnerung an Trennungen, Tränen und Leid. Das soll und darf uns aber nicht den Blick verschließen auf das HEUTE.

Alfred Zips spricht in Friedland

Es gibt heute eine Generation in den Vertreiber-Staaten, die nicht verantwortlich ist für die Verbrechen der Väter und Großväter, denn die Gegenwart sowie unsere Zukunft und die unserer Kinder werden bestimmt von dem, was wir heute tun. Weder Schuldvorwürfe noch Herumbohren in der Vergangenheit, ganz zuletzt etwa Selbstmitleid, dürfen unser Tun und Handeln bestimmen. Das kann aber natürlich nicht bedeuten, dass wir die Fälschungen und Lügen, die einen großen Teil der Geschichte und der heutigen Politik in Deutschland bestimmen, kritiklos hinnehmen. Und das führt geradewegs zu einer völlig berechtigten Frage: Können unsere ehemaligen Kriegsgegner, also Russland, aber ganz besonders auch die West-Alliierten, wirklich den Anspruch auf ihre hohe Moral aufrechthalten, die sie sich im Kriege auf ihre Fahnen geschrieben hatten?

Mit dem Blick auf das Völkerrecht ist die Vertreibung der Deutschen, wo auch immer sie ihre angestammte Heimat besaßen, ein geschichtliches Ereignis mit ungeheuren Folgen. Das gilt übrigens grundsätzlich für alle Vertreibungen!

Dabei ist es unerheblich, warum, wo, wie und unter welcher Verantwortung dies geschah und geschieht. Der Blick auf die Geschichte, und vor allem auf Ihre Geschichte, muss immer vom Leitgedanken auf den Menschen gerichtet sein, auf die unveräußerlichen Menschenrechte, auf das Grundprinzip der rechtlichen Gleichheit aller Menschen und aller Opfer! Jedes Opfer hat einen Anspruch auf unsere Anerkennung und unsere Solidarität, vor allem aber auf den Anspruch auf historische Wahrheit und "sine qua non“ (unabdingbar) auf Wiedergutmachung. Mit diesem Blick auf das Völkerrecht möchte ich feststellen: Der heute vor allem durch die Politik behauptete kausale Zusammenhang zwischen Krieg und Vertreibung ist sowohl völkerrechtlich als auch wissenschaftlich unhaltbar, denn, und das ist die Antwort auf unsere Frage: Alle Vertreibungen sind völkerrechtswidrig, und sie waren das auch schon vor 1945 bzw. 1941. Ein kurzer Blick auf die Geschichte soll dies verdeutlichen.

Die Besiedlung von Teilen Osteuropas durch deutsche Stämme kann auf eine mehr als tausendjährige Geschichte zurückblicken. Ihre Geschichte, liebe Freunde, also die der sogenannten "Russlanddeutschen", geht zurück auf eine Einladung der Zarin Katharina der Großen bzw. auf Zar Alexander I. im 18. Jahrhundert, sich an der Wolga, im Schwarzmeergebiet, im Kaukasus und in Bessarabien und Wolynien niederzulassen. Es entstanden, geprägt von deutschem Fleiß, im wahrsten Sinne "blühende Landschaften", blühende Kulturen.

Am 28. August 1941 übergab Josef Stalin dem Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR den Erlass über die Umsiedlung der im Wolgagebiet ansässigen Deutschen". 1941 beginnend, wurden danach auf Befehl Stalins ca. 2,5 Millionen deutschstämmige Bewohner nach Asien, Sibirien und Nord-Russland deportiert, verbunden mit grausamen Verbrechen und Verletzungen der Menschenrechte. Das gibt mir das Recht auch an mein eigenes Schicksal zu erinnern, wie ich Ihnen das zu Beginn bereits kurz angedeutet habe. 15 Millionen Deutsche wurden nach dem 8. Mai 1945 aus ihrer angestammten Heimat vertrieben, 3,5 Millionen

starben durch Mord und Totschlag, Vergewaltigung, Hunger und Krankheit. Das war, das ist und das bleibt ein bis heute ungesühntes Verbrechen gegen Heimatrecht, gegen Völkerrecht und gegen Menschenrecht. Und die Schuldigen, die Verantwortlichen für diesen eklatanten Bruch des Völkerrechtes haben Namen: Roosevelt, Churchill und Stalin.

Zur Erinnerung: Die Bundesrepublik Deutschland verlieh 1954 (!) Winston Churchill dafür den Karlspreis der Stadt Aachen! Letztlich sind es diese Herren, die Vertreibung, Mord, Totschlag und Zwangsarbeit unter entsetzlichen Opfern als eine Form der Kriegsentschädigung auf der Konferenz von Jalta akzeptierten und sanktionierten Noch einmal zur Klarstellung: Alle Vertreibungen bzw. Zwangsumsiedlungen und Enteignungen waren aber und sind gemäß der Haager Landkriegsordnung von 1907 und der Genfer Konvention von 1929 verboten, sie waren damit ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit und erfüllen den Tatbestand des Völkermordes. Und wie sieht das HEUTE aus? Werfen Sie mit mir einen kritischen Blick auf die Gegenwart, auf den Zustand unseres "christlichen Abendlandes“, auf unser jüdisch-christlich-europäisches Erbe, ohne dass unser Geschichtsbild von Europa nicht zu denken ist.

Imposantes Heimkehrerdenkmal in Friedland

Ja, wir, unser Europa, wird sterben, wenn wir uns nicht endlich und unbeirrbar wieder auf unsere Wurzeln, unsere Identität und unser christlich-abendländisch geprägtes Bild vom Menschen, von der Familie, von unserem Zusammenleben in einer von mehr als 2000 Jahren geprägten gemeinsamen Geschichte besinnen. Wir müssen UNSERE Lebensweise verteidigen, denn: Ohne einen überzeugten abendländischen Patriotismus und ein positives Bekenntnis zu unserer historischen Identität werden wir, wird Europa, keine Zukunft haben.

Verhältnis Volk – Vaterland

Dieser Tag, dieses Treffen ist der Erinnerung gewidmet, der Erinnerung an den Leidensweg und die Opfer unserer Vorfahren, der Erinnerung an unverjährbare Verbrechen, der Erinnerung an das unveräußerliche Menschenrecht auf Heimat und: Auf Wiedergutmachung. Wir kennen natürlich das sattsam bekannte Totschlagargument: "Deutsche Schuld". Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Worte des ehemaligen estnischen Staatspräsidenten Lennart Meri, die er bei einem Staatsbesuch in Berlin fand. Er nannte die BRD eine "Canossa-Republik". Zitat: "Wenn man eine Moral zur Schau trägt, riskiert man, nicht ernstgenommen zu werden... Man kann einem Volk nicht trauen, das rund um die Uhr eine intellektuelle Selbstverachtung vorführt... Um glaubwürdig zu sein, muss man bereit sein, alle Verbrechen zu verurteilen, überall auf der Welt, auch dann, wenn die Opfer Deutsche waren oder sind... Bevor wir überhaupt an eine neue Weltordnung zu denken beginnen, brauchen wir vor allem historische Aufrichtigkeit und Objektivität". (Ende des Zitats)

Worte, die Gültigkeit haben für das Heute und über alle Zeit hinaus!

An dieser Stelle möchte ich ganz besonders an die Worte des von mir hochverehrten Kardinals Joseph Höffner erinnern, die er am 22. September 1986 auf dem "Katholiken-Tag" sprach. Zitat: "Mir scheint, dass die Zeit gekommen ist, sich wieder auf die christliche Botschaft vom Verhältnis des Menschen zum Volk, zum Vaterland, zum Staat zu besinnen. Nach christlichem Verständnis gründet die Liebe zum Vaterland in der ehrfürchtigen Hingabe jenen gegenüber, denen wir unseren Ursprung verdanken: Gott, unseren Eltern und dem Land unserer Väter, wo unsere Wiege stand, dem Land, dem wir durch gemeinsame Abstammung, gemeinsame Heimat, gemeinsame Geschichte, gemeinsame Kultur und gemeinsame Sprache schicksalhaft verbunden sind." Ende des Zitats.

Liebe Freunde! Diese einprägsamen, ja fast visionären Worte dieses mutigen Kardinals sollen uns an diesem Tag, sollen uns die nächsten Tage, sollen uns jeden Tag unseres Lebens begleiten und uns an unsere Pflichten erinnern, die mit unserem göttlichen Erbe verbunden sind.

Ich möchte am Ende meines Beitrages noch einmal an eine schlichte historische Wahrheit erinnern: "Die Ursachen der Vertreibungen der Deutschen liegen lange vor dem 1. September 1939 und vor dem 30. Januar 1933", so Alfred de Zayas, der weltweit anerkannte Völkerrechtler. Und de Zayas weiter: Eine Sanktion wie die Vertreibung der Ostdeutschen, Russland- und Sudetendeutschen ohne Rücksicht auf persönliche Schuld und Verhältnismöglichkeit ist keine Strafe, sondern ein Verbrechen. Schuld ist - wie Unschuld - immer persönlich und eben nicht kollektiv. Sie kann deswegen weder auf die Vertreibung noch auf den Krieg angewandt werden!".

Die Sanktionierung einer angeblichen "Kollektivschuld" ist deshalb nicht Strafe sondern Rache, so Vaclav Havel, der ehemalige Präsident der Tschechei. In der EU, die auf der allgemeinen Geltung der Menschenrechte basiert, sollte dies selbstverständlich und völlig unabhängig vom politischen Tagesgeschäft sein und bleiben. Alles andere wäre und bliebe eine eklatante Verletzung der Menschenrechte. Und ich bin sicher, dass Sie mit mir die größte Übereinstimmung mit den folgenden Worten Alfred de Zayas feststellen. Zitat: "Es ist grotesk, Millionen deutsche Vertriebene undifferenziert als "Täter" zu bezeichnen oder ihr persönliches Leid zu ignorieren, weil sie einer sogenannten Tätergeneration angehören. Dies sind Begriffe aus dem Wörterbuch des Unmenschen, ja totalitäre Schemata. Die Vertriebenen waren Opfer der Unmenschlichkeit der Sieger, und heute sind sie Opfer der Diffamierung durch viele Medien und durch dem Zeitgeist verhaftete Historiker". So weit de Zayas. Und mit dem Blick auf die Berliner Politik füge ich hinzu: „und dem Zeitgeist verhaftete Politiker."

Liebe Freunde, lassen Sie mich mit einem Appell schließen. Ohne einen gesunden abendländischen Patriotismus und ein positives Bekenntnis zu unserer historischen Identität wird Europa keine Zukunft haben. Alles andere wäre Verrat an unserem Erbe und an unserem christlichen Abendland.

Lassen Sie mich mit dem Gedicht des deutschen Arbeiterdichters Karl Bröger (1886-1944) schließen:

Nichts kann uns rauben Liebe und Glauben zu unserem Land Es zu erhalten und zu gestalten sind wir gesandt.	Mögen wir sterben, unseren Erben gilt dann die Pflicht: Es zu erhalten und zu gestalten - Deutschland stirbt nicht!

Der Witikobund trauert um seine langjährigen Mitglieder

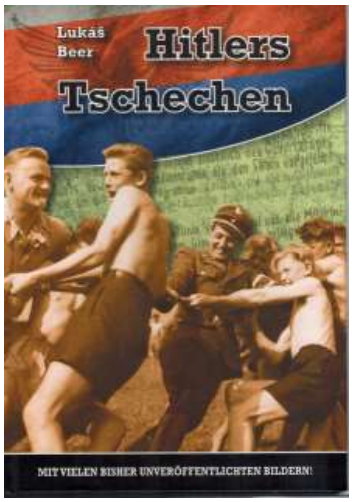
Dr. Herbert Günther

* Zwickau 22.11.1921 † München 03.01.2021

Dieter Janik

* 19.September 1933 † Eichenau 27.Januar 2021

Wir werden ihr Andenken immer in Ehren halten.



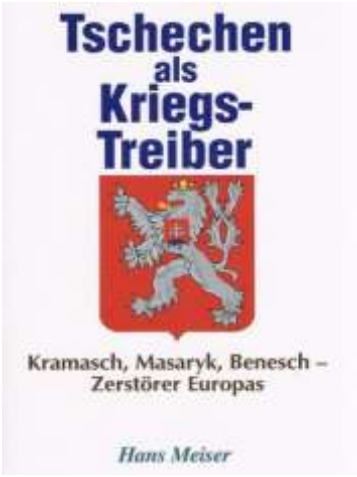
neu! € 45,- (ein absolutes MUSS!)

€ 5,-

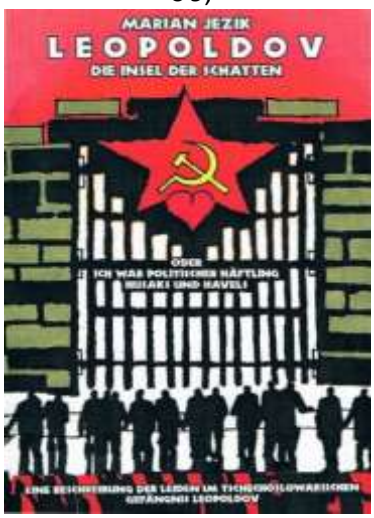
€ 11,-

€ 9,-

Neu! € 16,50



€ 15,-



€ 7,-

€ 30,-

€ 10,-

Bestellungen bitte über Netz-Post witikobund-bundesverband@freenet.de
oder über die im Impressum (S.2) angegebenen Anschriften.